

Viktor Krieger

Verweigerung, Protest und Widerstand der Russlanddeutschen im Sowjetstaat

Fortsetzung von *VadW* 2/2007, S. 14-15

Bewaffneter Widerstand im Schwarzmeergebiet

Die Lage der Schwarzmeerdeutschen in den Jahren 1918 bis 1920 unterschied sich von derjenigen der Wolgadeutschen. Wenn Letztere sich fast ununterbrochen im bolschewistischen Machtbereich befanden und in all den Jahren die gnadenlosen Lebensmittelrequisierungen und zahlreichen Mobilisierungen von Mensch und Pferd ertragen und anschließend noch eine entsetzliche Hungerkatastrophe über sich ergehen lassen mussten, litten die Deutschen in der südlichen Ukraine und auf der Krim in erster Linie unter den erbitterten Auseinandersetzungen der verschiedenen Bürgerkriegsparteien, an den chaotischen Zuständen, sich rasch verbreitenden Krankheiten wie Typhus sowie Überfällen marodierender Banden, vor allem unter der Führung von Nestor Machno.

Allein in Odessa und Umgebung wechselte die Macht in diesen drei Jahren sieben Mal: provisorische Regierung, bolschewistische Machtergreifung, Einzug der deutsch-österreichischen Truppen, dann die Eroberung der Stadt durch die weißgardistische Freiwilligenarmee. Erst ab Februar (auf der Krim ab November) 1920 konnten die Bolschewiki sich endgültig durchsetzen.

Unter diesen Umständen blieb den meisten Siedlungen nichts anderes übrig, als selbst für Ruhe und Ordnung in ihren Dörfern zu sorgen und einen bewaffneten Selbstschutz aufzustellen, dessen Formierung unter der Anleitung von reichsdeutschen Offizieren begonnen hatte und der letztendlich einen Teil der Ordnungskräfte der unabhängigen ukrainischen Regierung (Zentralrada) repräsentieren sollte. Die Männer aus diesen Milizen stellten auch den Kern bewaffneter Revolten gegen die Requisitionspolitik der Bolschewiki.

Über den Verlauf des größten Bauernaufstandes im Gebiet Odessa im Sommer 1919 gewinnt man neue Einzelheiten aus einem erst vor einigen Jahren veröffentlichten Zeugenbericht eines ehemaligen deutschen Kriegsgefangenen. Der Aufstand brach am 27. Juli in Großliebental aus, als in das Dorf eine 20 Mann starke Truppe unter der Leitung des Vorsitzen-

den des deutschen Revolutionskomitees aus Odessa, Sirik, einmarschierte, um dort eigenmächtig Kontributionen zu erheben, Waffen zu beschlagnahmen und örtliche Verwaltungsorgane neu wählen zu lassen.

18 Soldaten wurden von den Bewohnern ermordet, die Erhebung weitete sich im ganzen Odessaer Gouvernement aus. Die aufgebrachten Bauern belagerten das Provinzzentrum und sprengten die Eisenbahnlinie; am 2. August stürmten 12.000 Aufständische Odessa, wurden aber zurückgeschlagen. Mit großer Mühe, unter der umfassenden Mobilisierung der Arbeiterschaft und der Parteimitglieder in der Stadt sowie mit Hilfe auswärtiger militärischer Einheiten gelang es dann den Sowjets, die Rebellion niederzuschlagen. Erst am 14. August 1919 konnte der Zugverkehr wieder hergestellt werden, aber

einige Tage später fiel die Stadt unter dem Angriff der Denikin-Truppen und der sie unterstützenden bewaffneten Einheiten der deutschen Siedler. Nach der Etablierung der Sowjetmacht wurden dutzendweise Aufständische und ehemalige Mitglieder des Selbstschutzes verhaftet und größtenteils erschossen; noch während des Großen Terrors 1937-38 bildete dieser Tatbestand einen schwerwiegenden Anklagepunkt.

Eine bis heute nicht genau feststellbare Zahl der Kolonisten kämpfte gegen die Rotgardisten in der Weißen Armee. Bekannt wurde ein selbständiges deutsches Jägerbataillon im Bestand der Freiwilligen Armee, das bis zum Abzug der Wrangel-Truppen aus der Krim im Herbst 1920 kämpfte und anfänglich (Januar 1919) aus ungefähr 800 Kolonisten bestand.

Teil 2. Friedliche und gewaltsame Proteste zwischen 1921 und 1941

Auswanderungsbewegung

Die relativ liberalen Zeiten der 1920er Jahre bedeuteten trotz allem nicht nur für die begüterte Oberschicht des deutschen Dorfes, sondern auch für die Mehrheit der Mittelbauern eine einschneidende wirtschaftliche, rechtliche und sozial-kulturelle Herabstufung im Vergleich zum Zustand vor 1914. Das Gros der deutschen Bauern verlor im Zuge der sozialistischen Bodenreform eine beträchtliche Anzahl an Ländereien: Hatte ein Vollwirt früher 60 bis 65 Desjatinen Land besessen, musste er sich nach der Revolution mit etwa 16 Desjatinen begnügen. Ihre Wirtschaften wurden wesentlich höher als die der russischen oder ukrainischen Nachbarn besteuert.

Überdurchschnittlich hoch war in den Kolonien auch der Anteil der *lischtsentsy* (Personen, denen das Wahlrecht entzogen wurde), was für den Betroffenen und seine Familienangehörigen gravierende Nachteile mit sich brachte. Nicht nur die Groß-, sondern auch die Kleinunternehmer verloren durch die Verstaatlichung ihren Besitz. Der kirchenfeindliche Kurs der Regierung führte daneben zu zahlrei-

chen Konflikten der Siedler mit den für schulische und religiöse Angelegenheiten zuständigen Sowjetbehörden.

Kein Wunder also, dass im Verlauf einer solchen Politik ein verstärkter Wunsch nach Emigration entstand. In den Jahren 1923 bis 1928, als noch die Möglichkeit zur legalen Auswanderung bestand, verließen allein 18.300 Mennoniten oder etwa 15 Prozent der Gesamtzahl dieser ethno-konfessionellen Gruppe die Sowjetunion. Sie wanderten hauptsächlich zu ihren Glaubensbrüdern in Kanada, Mexiko und den USA aus.

Im Zuge der veränderten innenpolitischen Lage vermehrten sich ab Ende 1927 die staatlichen Repressionen, was zum Verbot des Religionsunterrichts führte, zur verstärkten Verfolgung von Gläubigen und Geistlichkeit, der Verstaatlichung der Dorfschule, übermäßigen Getreideaufgaben, zur Auflösung der nationalen landwirtschaftlichen und genossenschaftlichen Verbände, zur Enteignung und Verbannung der so genannten Kulaken und schlussendlich in der Zwangskollektivierung der bäuerlichen Wirtschaften gipfelte. Erst 1932 gelang es den Machthabern, die vormalig selbst-



me an der Auswanderung lieferte bereits den vordergründigen Anlass für eine Verhaftung und die darauf folgende Verurteilung; weitere Anklagepunkte bezogen sich auf das Vorhandensein von Verwandten im Ausland oder beliebige Kontakte mit westlichen Ländern bzw. mit Ausländern. So scheint dies der ausschlaggebende Grund dafür zu sein, weswegen bei etwa gleicher Größe der Minderheiten in der Region Altaj 3.171 Deutsche verurteilt und davon 2.412 erschossen wurden und im Gebiet Omsk „nur“ 539 bzw. 128.

Kritische Haltung der deutschen Führungskader

In den 1920er Jahren war die neue politische Führungsschicht der Russlanddeutschen noch nicht gleichgeschaltet. Einige exponierte Vertreter versuchten daher, die Maßnahmen der zentralen und regionalen Behörden, die auf eine Benachteiligung der deutschen Bevölkerung gegenüber anderen Nationalitäten hinausliefen, zu kritisieren oder abzumildern.

Eine von vielen propagandistischen Publikationen in der Republikzeitung „Nachrichten“ (Engels) bezüglich der Emigration, erschienen am 3. Dezember 1929.

ständig deutschen Bauern und Handwerker endgültig zu einem besitzlosen Landproletariat zu degradieren, das in den organisierten Kollektivwirtschaften vollständig vom Staat abhängig war. Zwischen diesen Jahren lagen dramatische Ereignisse des gewaltlosen Widerstandes der deutschen ländlichen Bevölkerung, der in einem spektakulären Auswanderungsversuch seinen Höhepunkt erreichte und dabei die Aufmerksamkeit der ganzen Welt auf sich zog: Angetrieben durch die aktuelle Agrarpolitik, entschlossen sich im Herbst 1929 Tausende deutsche Siedler, in die Hauptstadt zu ziehen und dort die freie Auswanderung von der Zentralregierung einzufordern. Der Landwirtschaftsattaché der deutschen Botschaft, Dr. Otto Auhagen, vermerkte zu den Beweggründen:

“Fast überall ist die deutsche Bevölkerung von dem Gefühl der Hoffnungslosigkeit beherrscht, das meistens an Verzweiflung grenzt... Die Kommune beraubt den Bauer seiner wirtschaftlichen Selbständigkeit, er fühlt sich in ihr nicht nur als Knecht, sondern als Leibeigener, ihn schreckt die Auflösung der Familie, und er will lieber Hungers sterben, als seinen Glauben verleugnen.”

Unvollständigen Angaben zufolge betrug bereits Mitte November 1929 die Zahl der Auswanderungswilligen in Moskau 12.439 Personen, davon 9.120 Mennoniten, 2.481 Lutheraner, 743 Katholiken

und 95 Baptisten. Die meisten stammten aus dem sibirischen Bezirk Slawgorod. Nach wochenlangem Ausharren erlangten 5.671 von ihnen die Erlaubnis, nach Deutschland und von dort aus nach Nordamerika zu ziehen; die Übrigen wurden von der Geheimpolizei gewaltsam an ihre früheren Wohnorte zurückgebracht. Die politische Bedeutung dieser Aktion war für das weitere Schicksal nicht nur der sibirischdeutschen Bauern nicht zu unterschätzen. Einer der höheren Parteifunktionäre drückte es so aus:

“Der deutsche Kulake schoss nicht aus der Flinte. Aber er hat uns eine politische Ohrfeige verpasst, die gravierender war als der schwerwiegende Verlust einzelner Aktivisten... Der kulakische Terror ist eine Belanglosigkeit im Vergleich zu der politischen Aktion, die der deutsche Kulake mit der ideellen und der organisationspolitischen Hilfe des amerikanischen Kapitalismus durchführte. Eine stattliche Zahl der Knechte und Armbauern im dreizehnten Jahr des Bestehens der Sowjetmacht zu organisieren und sie zu führen, ist wesentlich komplizierter und effektiver, als in der Dunkelnacht einen Aktivisten zu erschießen.”

Diese Bloßstellung auf der weltpolitischen Bühne vergaßen die sowjetischen Machthaber nie, und bei der nächsten sich in den Jahren des Großen Terrors 1937-38 bietenden Gelegenheit rächten sie sich grausam. Die damalige Teilnah-

Das im Februar-Heft rezensierte Buch von Viktor Krieger über die Deutschen in Zentralasien ist beim Autor für 22,00 Euro erhältlich. Anschrift:

Lilienweg 6, D-74931 Lobbach
Tel.: 06226-971371
Fax: 06226-971373
E-Mail:
krieger.buch@t-online.de
www.viktor-krieger.de



Diskussion des Regierungschefs der Wolgadeutschen Republik, Wilhelm Kurz (rechts), mit Staatsoberhaupt Michail Kalinin, 1928.

nung seitens des Partei- und Sowjetapparats kann anhand der damals verbreiteten Bezeichnung der deutschen und vor allem der mennonitischen Landwirte verstanden werden: "Ökonomisch revolutionär, politisch reaktionär." Obwohl die deutschen Bauern den neuen Machthabern objektiv den größeren Nutzen brachten, galten sie aufgrund ihrer rationalen Wirtschaftsweise, ihres verhältnismäßig hohen Bildungsgrades, ihrer vielfältigen Beziehungen zum Ausland und des fremd wirkenden protestantischen und katholischen Glaubens letztendlich als wesentlich schwieriger für ideologische Beeinflussungen und sozialistische Kollektivierung zu gewinnen als andere ethnische Gruppen.

Gewisse "nationalbolschewistische" Strömungen gab es in dieser Zeit auch unter den wolgadeutschen Politikern. So kritisierte das Staatsoberhaupt der Wolgarepublik, Johannes Schwab, auf einer Parteikonferenz im Jahr 1928 in Engels den katastrophalen Zustand der Schreib- und Lesefertigkeiten der deutschen Kinder im Alter von acht bis elf Jahren: Mit 38 Prozent war sie wesentlich niedriger als die der russischen und ukrainischen

Altersgenossen (58,2 Prozent).

Diese und ähnliche Vorfälle in der Vergangenheit führte wiederum der Regierungschef der Wolgarepublik, Wilhelm Kurz, in erster Linie auf den sog. "Moskauer Geist" zurück, der in einer verzerrten Wahrnehmung der Probleme vor Ort resultierte:

"Das Verhältnis der zentralen Organe zu der Deutschen Republik ist extrem gestört. Das äußert sich in

einer schablonenhaften Vorgehensweise. Wenn man als Vertreter der Wolgarepublik ein Anliegen in irgendeiner Behörde vorbringt, wird einem gesagt: 'Sie sind aus der Deutschen Republik? Ihr seid doch reich, was wollt ihr noch? Ihr werdet es schon selbst schaffen.' Diese klischeehafte, vollkommen unpassende Vorgehensweise ist nicht nur von den Fach- und Verwaltungsleuten verinnerlicht worden, sondern leider auch von den vorgesetzten Parteifunktionären."

Kurz hatte auch den Mut, während der Beratung über die Verstärkung der Getreidebeschaffung im Zentralkomitee der Partei am 24. April 1928 offen die Politik der Zentralregierung zu kritisieren. Ferner widersprach er dem allmächtigen Wjatscheslaw Molotow und lehnte zusätzliche Verpflichtungen der Wolgadeutschen Republik energisch ab.

Die Konsequenzen traten unweigerlich, wenn auch nicht sofort ein: Kurz und Schwab wurden 1929 bzw. 1930 ihrer Posten enthoben; einige Jahre später fielen beide der stalinschen Terrorwelle zum Opfer.

Fortsetzung folgt.

Letztlich war Stalin der große Gewinner des Krieges und konnte die sowjetische Herrschaft auf deutsches Territorium ausdehnen. So benutzte er die DDR als Instrument eigener Interessen gegenüber den Westmächten. Viele deutsche Kriegsgefangene und Zwangsverschleppte erlebten den Stalinismus in seinem Ursprungsland. Die Gefangenen waren für Stalin ein Faustpfand gegenüber Westdeutschland.

Erst nach seinem Tod 1953 konnte der damalige deutsche Bundeskanzler Konrad Adenauer durch seine legendäre Moskareise 1955 dafür sorgen, dass die letzten deutschen Kriegsgefangenen in ihre Heimat zurückkehren durften. Das Schicksal von Verfolgung, Zwangsumsiedlung und Tod war nicht nur der deutschen Minderheit in der Sowjetunion widerfahren, sondern ebenso den Opfern des nationalsozialistischen Vernichtungskrieges. Wer im „Großen Vaterländischen Krieg“ mit den Deutschen zwangsweise oder freiwillig zu tun hatte, wurde in der Sowjetunion diskriminiert und teils kriminalisiert.

Diese Verflechtungen zwischen Stalin und den Deutschen haben in der Stalinismusforschung so etwas wie einen „deutschen Zweig“ entstehen lassen, betont Herausgeber Jürgen Zarusky vom Institut für Zeitgeschichte in München. Das Buch präsentiert neue Beiträge der Forschung. Auf zwei Aspekte konzentrierte sich Zarusky bei der Zusammenstellung der Aufsätze: auf die Beziehungsgeschichte zwischen Stalin und den Deutschen – vom Opfer bis zum Mittäter – sowie auf die Probleme eines Diktaturvergleichs. Der Erkenntnisgewinn der Beiträge liegt darin, dass deutsche sowie russische Historiker mit neuen Quellen arbeiten und so ein differenzierteres Bild über Stalin, den Stalinismus und die Deutschen präsentiert wird.

Dieser ausgewogene Blick auf die Geschichte ist umso begrüßenswerter, da in Russland die öffentliche Wahrnehmung Stalins als positive Identifikationsfigur wieder auflebt. Bei einer Umfrage im Februar 2006 meinten 47 Prozent aller Russen, dass Stalin eine positive Rolle in der Geschichte Russlands gespielt habe. Nur 29 Prozent aller Russen betonten die negative Rolle Stalins.

**Wilhelm Siemers
(ORNIS)**

“Stalin und die Deutschen”

*Neue Erkenntnisse
zum stalinistischen Herrschaftssystem*

Ein halbes Jahrhundert nach seinem Tod nimmt das wissenschaftliche Interesse an Josef Stalin zu. Die Öffnung der lange verschlossenen Archive hat eine Renaissance der Stalinismusforschung möglich gemacht. Vor allem russische Historiker versuchen, Stalin und das stalinistische System differenzierter darzustellen. Auch deutsche Wissenschaftler machen sich an die Arbeit, denn Stalin sei ebenfalls ein deutsches Problem,

meint Jürgen Zarusky, Herausgeber des Sammelbandes “Stalin und die Deutschen”.

Dass Stalin drei Jahrzehnte einen erheblichen Einfluss auf die Deutschen hatte, liegt auf der Hand: Ende der zwanziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts war der sowjetische Führer die Leitfigur der internationalen kommunistischen Bewegung, die ihren stärksten Zweig in Deutschland hatte. Im Zweiten Weltkrieg wurde er zum Erzfeind Adolf Hitlers.

*“Stalin und die Deutschen”
Neue Beiträge der Forschung
Herausgegeben
von Jürgen Zarusky
Oldenbourg, 2006, 276 S.
ISBN-10: 3486578936
ISBN-13: 9783486578935*